



Aufbruch in eine digitale Zukunft

Bitkom-Positionen zur Landtagswahl
Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017

www.bitkom.org

bitkom

Herausgeber

Bitkom e. V.
Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
Albrechtstraße 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

- Stefan Koetz | Landessprecher Nordrhein-Westfalen | Bitkom e. V.
T 030 27576-0 | s.koetz@bitkom.org
- Franziska Raspe | Referentin Public Policy
030 27576-105 | f.raspe@bitkom.org

Titelbild

© grawinkel – fotolia.com

Copyright

Bitkom 2017

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugswweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Handlungsfelder für Digitale Transformation und Teilhabe in Nordrhein-Westfalen

Die Digitale Transformation erfasst alle Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft. Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung sind schon heute eng mit der Frage verbunden, wie wir die Potenziale der Digitalisierung ausschöpfen. Deshalb ist es für Nordrhein-Westfalen, aber auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland entscheidend, dass die Digitalisierung in dem Bundesland mit dem höchsten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt mit hoher Priorität durch die Politik gefördert wird. Dabei darf nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Landes NRW im Vordergrund stehen. Alle Menschen sollen an den Chancen der Digitalisierung teilhaben können, unabhängig von sozialem Status, Herkunft und Wohnort. Die Grundsteine dafür müssen heute gelegt werden: mit der Schaffung einer hochleistungsfähigen digitalen Infrastruktur, zeitgemäßer digitaler Bildung sowie einer modernen digitalen Verwaltung.

Nordrhein-Westfalen erzielt rund 20 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. NRW ist zudem das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte (mit Ausnahme der Stadtstaaten) Bundesland. Diese Potenziale gilt es zu nutzen. Gleichzeitig steht NRW vor großen Herausforderungen: Die digitale Transformation der Leitindustrien und des Mittelstandes ist eine umfassende Aufgabe für die gesamte Wirtschaft, die es gemeinsam zu bewältigen gilt. Sie ist eine einmalige Chance für NRWs wirtschaftlichen Stellenwert in Deutschland und weltweit.

57 Prozent der ansässigen IKT-Unternehmen sind mit der Standortqualität in NRW zufrieden, allerdings sehen 75 Prozent Verbesserungsbedarf bei der Digitalpolitik des Landes.¹ Die IKT-Branche wünscht sich von der Landesregierung in NRW vor allem Unterstützung in den Bereichen Breitbandausbau (55 Prozent), digitale Bildung an Schulen und Hochschulen (48 Prozent) sowie Förderung von Forschungs- und Innovationsprojekten (40 Prozent).² Durch eine vorausdenkende Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen kann NRW die hohe Dynamik der Digitalwirtschaft aufgreifen und verstärken. Diese ist Treiber einer erfolgreichen Digitalisierung aller Wirtschaftsbranchen sowie von Gesellschaft und Verwaltung.

Digitale Transformation der gesamten Wirtschaft

Die Digitalisierung verändert die Geschäftsmodelle in allen Branchen und Unternehmen. Cloud Computing, Datenanalyse, leistungsfähige Endgeräte und immer schnellere Datennetze ermöglichen die Vernetzung der physischen mit der virtuellen Welt, bieten neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und treiben die Digitalisierung voran.

¹ CPS.HUB NRW in Kooperation mit networker:NRW und Bitkom, 2016

² CPS.HUB NRW in Kooperation mit networker:NRW und Bitkom, 2016

Die Transformation der Wirtschaft ist für das Industrieland NRW zweifelsohne eine große Herausforderung: Ob in großen Unternehmen oder in KMUs – keine Geschäftsführung kann es sich leisten, sich abwartend gegenüber der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und Geschäftsmodellen zu verhalten. In NRW wird die Transformation in Leitbranchen wie Maschinenbau, Handel, Gesundheit, Finanz- und Versicherungswirtschaft, Automobil, Logistik oder Energie über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts entscheiden. 55 Prozent deutscher Unternehmen sehen in der Digitalisierung eine der zentralen Herausforderungen, 76 Prozent der Unternehmen haben bereits eine Digitalisierungsstrategie.³ Noch vor zwei Jahren haben rund 70 Prozent die Digitalisierung als Herausforderung für ihr Unternehmen begriffen und hatten 63 Prozent eine Digitalisierungsstrategie. Diese Zahlen zeigen, dass mehr und mehr Unternehmen die Digitalisierung bewältigen und sich den Herausforderungen erfolgreich stellen. Vorausschauendes und nachhaltiges Handeln der Unternehmensführung ist jetzt notwendig, um die Digitalisierung in Strategien und Zielvorgaben umzusetzen. Firmen mit frühzeitiger Digital-Strategie sind Mitbewerbern voraus, drängen schnell in »branchenfremde« Märkte und werden so zu einer Gefahr für diejenigen, die die Modernisierung zurückhaltend angehen. Insbesondere Start-ups richten ihre Unternehmensstrategie von Beginn an digital aus. Sie sind wichtige Treiber im digitalen Ökosystem, die wiederum die gesamte Wirtschaft voranbringen.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Ausrichtung aller Politikfelder auf Digitalisierung:** Daten- und Verbraucherschutz oder Telekommunikations- und Medienrecht sowie die bildungspolitischen Vorgaben und Mittel müssen dem Wandel angepasst werden. NRW sollte auch im Bundesrat seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.
- **Überprüfung innovationshemmender Gesetze:** Einige Gesetze aus vor-digitalen Zeiten berücksichtigen nicht die Chancen der digitalen Welt und verhindern digitale Innovationen. Sie reduzieren Anreize für digitale Geschäftsmodelle oder sind für innovative Unternehmen zuweilen ein Grund, um Standortentscheidungen zu Ungunsten von NRW zu treffen. Nordrhein-Westfalen sollte daher im Dialog mit der Digitalwirtschaft veraltete Gesetze hinsichtlich ihrer Innovationstauglichkeit überprüfen. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Gesetze auf das Ökosystem der Start-up-Branche mit einem Evaluierungsmechanismus geprüft werden, der auf die Bedürfnisse von Start-ups zugeschnitten ist. Im Bundesrat sollte die Landesregierung eine innovationsoffene Rolle einnehmen.
- **Aktiven Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung der Anwenderbranchen leisten:** Die Politik muss hier einen aktiven Part übernehmen, z. B. mit innovationsunterstützenden Beratungen für KMUs oder Vermittlung von Kooperationen zwischen Start-ups, Mittelständlern und etablierten Unternehmen durch staatlich geförderte Projekte.

³ Bitkom (2017): *!conomy – Digitalisierung der Wirtschaft 2017*; repräsentative Befragung von 504 Geschäftsführern und Vorständen deutscher Unternehmen ab 20 Mitarbeitern

Start-ups

Viel zu wenigen deutschen Start-ups gelingt es, rasch international zu expandieren. Um zum Global Player oder gar zum Global Leader zu werden, fehlt in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen zu oft Wachstumskapital.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Bürokratie auf ein Minimum beschränken:** Verwaltungsaufgaben und gesetzliche Auflagen sollten für vier Jahre auf ein unverzichtbares Minimum begrenzt werden, sodass alle Ressourcen zur Entwicklung des Produktes und Erschließung des Marktes zur Verfügung stehen. In den ersten vier Jahren sollte auf alle nicht zwingend notwendigen Gebühren und Zwangsmitgliedschaften verzichtet werden (IHK, GEZ, etc.).
- **Zentrale Behörden-Anlaufstellen für Start-ups schaffen:** Start-ups sollten insbesondere im Gründungsprozess eine einzelne Anlaufstelle haben, um Aufwand und Kosten zu minimieren.
- **Förderprogramme entbürokratisieren:** Gerade in den ersten Monaten werden Gründer durch den hohen Verwaltungsaufwand zahlreicher unterstützenswerter Förderprogramme belastet. In dieser Phase steht für Gründer aber ihr Produkt im Mittelpunkt. Daher gilt es, Förderprogramme auf allen politischen Ebenen deutlich zu entbürokratisieren.
- **Gründerkultur an Hochschulen fördern:** Die Politik kann und sollte Networking (sowohl Online als auch Offline) zwischen Gründern als auch mit KMU sowie mit Großunternehmen proaktiv fördern, z. B. durch Wiki-Plattformen oder Coaching- und Patenkonzepte durch etablierte Start-ups.
- **Personelle Ressourcen verfügbar machen:** Um Gründerservices an Hochschulen langfristig erfolgreich zu machen, müssen Mittel für personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, sodass keine Abhängigkeit von Drittmitteln besteht.
- **Hochschulen als Hubs etablieren:** Verstärkte Ansiedlung von Co-Working Spaces und Inkubatoren direkt auf dem Campus der Hochschulen ist sinnvoll, um das Hochschulumfeld zu einem Hub aufzubauen.
- **Willkommenskultur für Fachkräfte schaffen:** Um dem Fachkräftemangel in der Digitalwirtschaft zu begegnen, muss die Rekrutierung hochqualifizierter IT-Fachkräfte und Gründer aus dem Ausland erleichtert werden. Bürokratische Hürden sollten weiter abgebaut werden, Behörden sollten englischsprachige Formulare und Sprechzeiten anbieten.
- **Mehr Wagniskapital anziehen:** Die Bedingungen für den deutschen Wagniskapitalmarkt müssen optimiert werden, insbesondere in Form eines Venture Capital Gesetzes. Eine Erleichterung der Verlustverrechnung für Startups ist ein richtiger Schritt, geht aber noch nicht weit genug: Ein echtes Venture Capital Gesetz muss auf den Weg gebracht werden.

Gigabitgesellschaft

Deutschland und Nordrhein-Westfalen stehen vor der Aufgabe, eine im weltweiten Maßstab wettbewerbsfähige digitale Basisinfrastruktur als Voraussetzung für zukünftige Wachstumschancen in einer zunehmend vernetzten und digitalen Wirtschaft zu schaffen. Als Standort für Industrie und die digitale Wirtschaft und darauf basierenden Anwendungen für fast alle anderen Wirtschaftszweige ist NRW auf zukunftsfähige Telekommunikationsinfrastrukturen angewiesen, die bedarfsgerecht Datenübertragungsraten auch bis in den Gigabitbereich ermöglichen. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Nordrhein-Westfalen erfordert die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Infrastrukturen bis 2025. In den konvergenten Netzen von Mobilfunk und Festnetz werden Netze der 5. Generation (5G), glasfaserbasierte Netze (u.a. HFC-Netze, FTTx), sowie entsprechend leistungsfähige Anschlüsse, Elemente dieses »Gigabit-Technologiemixes« sein. Für eine flächendeckende Implementierung von 5G und eine zukunftssichere Telekommunikationsinfrastruktur ist langfristig bzw. bis 2025 ein möglichst stark verdichtetes, bis zu den Haushalten, Unternehmen, Produktionsstädten sowie zukünftigen 5G-Mobilfunkstandorten (»Standortverdichtung«) weit ausgerolltes Glasfasernetz erforderlich, welches die Potenziale bestehender Infrastrukturen mit einbezieht. An diesem Infrastrukturziel muss sich eine neue Digitalstrategie für Deutschland und NRW orientieren. Diese muss Investitionsanreize für den Ausbau von Gigabitnetzen setzen und auf die Sicherung eines fairen Wettbewerbs gerichtet sein.

In den letzten Jahren sind beim Ausbau von schnellen Internetanschlüssen von min. 50 Mbit/s in NRW nennenswerte Zuwächse erreicht worden, so dass mit solchen Anschlüssen bereits über 82 Prozent der Haushalte versorgt werden konnten.⁴ Allerdings schreitet der Breitbandausbau in NRWs Kommunen sehr unterschiedlich voran: Während in einigen Kommunen im Schnitt über 97 Prozent der Haushalte mit min. 50 Mbit/s versorgt werden, sind es in anderen Kommunen nur gut 47 Prozent der Haushalte.⁵ Das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit min. 50 Mbit/s bis Ende 2018 bleibt daher ein wichtiges Zwischenziel auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft. Dabei treiben insbesondere datenintensive Videodienste die Nachfrage nach solchen Anschlüssen mit hohen Download-Raten. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Upload-Raten, etwa durch eine zunehmende Nutzung von Cloud-Diensten und Social-Media-Plattformen sowie an weitere Qualitätsmerkmale. Ein flächendeckendes Breitbandangebot muss daher zur Vermeidung einer digitalen Spaltung auch in der Gigabit-Gesellschaft erreicht werden.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Maximales privatwirtschaftliches Engagement generieren:** Es muss so viel privatwirtschaftliches Engagement wie möglich generiert und incentiviert werden, sowie eine Entwertung bereits getätigter Investitionen verhindert werden.

⁴ <https://www.breitband.nrw.de/infocenter/breitbandatlas-nrw.html>

⁵ <https://www.breitband.nrw.de/infocenter/breitbandatlas-nrw.html>

- **Öffentliche Fördermittel für ländlichen Raum bereitstellen:** Um flächendeckend schnelle Internetverbindungen im ländlichen Raum sicherzustellen, ist aber auch die öffentliche Hand dort gefragt, wo ein wirtschaftlicher Ausbau perspektivisch nicht machbar ist. Insoweit begrüßt Bitkom das Vorhaben, auch für die Zeit nach 2018 öffentliche Mittel für die Förderung des Ausbaus von Gigabitnetzen in unterversorgten Gebieten zur Verfügung zu stellen.
- **Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen:** Es müssen Initiativen ergriffen werden, die die Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen oder langwierige Planungen beschleunigen und Baukosten reduzieren, z. B. durch oberirdische Kabelverlegung und Mitnutzung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur.
- **Kommunen mit geringer Wirtschaftskraft besonders unterstützen:** Häufig liegt das Problem eines geförderten Ausbaus an der Haushaltssituation der Gemeinde, die wegen Haushaltssperren auch bei vorhandenen Fördergeldern auf Grund restriktiver Vorschriften der Kommunalaufsicht nicht in der Lage ist, den notwendigen Eigenanteil zu übernehmen. Eine **Übernahme des Eigenanteils durch die Länder** kann daher auch für Kommunen im Haushaltssicherungsverfahren eine Förderfähigkeit erreichen, sofern von den Ländern entsprechende Programme und Mittel bereitgestellt werden. Wo dies noch nicht geschieht, sollten entsprechende Maßnahmen in Betracht gezogen werden.

Digitale Bildung

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Daraus erwächst die große Verantwortung und Chance, die Menschen auf die digitalisierte Welt vorzubereiten: Über Schul-, Berufs-, Hochschul- und Weiterbildung kann NRW die Basis legen, um im digitalen Wettbewerb eine Vorreiterrolle einzunehmen. Der Erfolg, der aus Investitionen in digitale Bildung resultiert, dient der gesamten Gesellschaft: Dem Einzelnen hinsichtlich langfristiger Beschäftigungsfähigkeit mit vielfältigen Entwicklungs- und Karrierechancen, gleichermaßen der Wirtschaft mit Blick auf Standortqualität, Leistungs- und Innovationsfähigkeit. In der digitalen Welt wird zukünftig nur noch derjenige bestehen können, der über digitale Kompetenzen verfügt und mit den rasanten technologischen Entwicklungen Schritt halten kann. Im Bildungsbereich muss hier allerdings noch ein langer Weg zurückgelegt werden: An einem Großteil der Schulen in NRW gibt es beispielsweise derzeit keinerlei Informatikunterricht und die Zahl der entsprechend ausgebildeten Lehrkräfte ist sehr gering.⁶ Digitale Bildung muss als Querschnittsthema begriffen werden, um eine um eine digitale Spaltung – im beruflichen wie im privaten Bereich – langfristig zu verhindern.

6 https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Service/Schulstatistik/Amtliche-Schuldaten/Quantita_2015.pdf

Politische Handlungsvorschläge:

- **Curriculen und Lehrpläne anpassen:** Der Erwerb von digitaler Kompetenz muss durch die fächerübergreifende curriculare Verankerung digitaler Bildungsinhalte und digitaler Technologien gewährleistet werden. Die Bildungspläne Nordrhein-Westfalens wie auch die Ausbildungs- und Studienordnungen müssen für die Digitalisierung fit gemacht werden.
- **Digitale Infrastruktur bereitstellen:** An allen Bildungseinrichtungen muss eine intelligente Infrastruktur geschaffen werden. Dafür müssen der flächendeckende Breitbandausbau und die mobile Netzabdeckung weiter vorangetrieben werden. In allen Bildungsbereichen, in denen Lernmittel staatlich finanziert werden, müssen Lernende und Lehrende mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden. Auch Cloud-Dienste für digitalisierte Bildungsinhalte und individualisierte Lernanwendungen müssen vorhanden sein.
- **Investitionen steuerlich fördern:** Für die Wirtschaft müssen steuerliche Anreize bei Investitionen in die digitale Bildung gesetzt werden. Das gilt zum einen für die Infrastruktur und die Ausstattung mit Endgeräten. Zum anderen gilt dies auch für die Content-Entwicklung, die Qualifizierung der Bildungsverantwortlichen sowie sämtliche Produkte und Dienstleistungen, die zum pädagogischen Einsatz kommen oder diesen unterstützen.
- **Informatikunterricht verpflichtend einführen:** In allen Schularten sollte Informatikunterricht (inkl. Programmieren) als Pflichtfach ab Jahrgangsstufe 5 mit mindestens einer Wochenstunde realisiert werden. In der gymnasialen Oberstufe muss es den Lernenden möglich sein, Informatik zu wählen und gleichwertig in die Abiturprüfung einzubringen. Auch Englisch als Lingua franca der digitalen Welt muss spätestens ab der ersten Grundschulklasse unterrichtet werden.
- **Berufliche Bildung weiterentwickeln:** Die berufliche Bildung muss mit Blick auf immer neue Beruhsanforderungen kontinuierlich weiterentwickelt und dynamisiert werden, um die Attraktivität und Relevanz der veränderten Berufswelt (z. B. App-Economy) zu verdeutlichen. Neben Medien- und IT-Kompetenz müssen dafür auch Methoden- und Problemlösekompetenz stärker gefördert werden.
- **Lehrpersonal für Digitalisierung fit machen:** Die Entwicklung digitaler Kompetenz sowie didaktisch-methodischer Fähigkeiten müssen verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Lehrpersonals an Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen sein.
- **Digitale Weiterbildungsangebote schaffen:** Es müssen flexiblere und individuellere Wege digitaler Weiterbildung geschaffen werden. Dabei muss auch die Übersichtlichkeit und Qualität von Weiterbildungsangeboten kontinuierlich verbessert und vorausschauend an die sich stetig wechselnden Anforderungen angepasst werden.
- **Zulassungsprozesse vereinfachen:** Die Zulassungsprozesse von Lehr- und Lernmaterialien müssen insgesamt verschlankt werden und sollten für den Einsatz digitaler Lernmaterialien entsprechend angepasst werden.

- **Kooperationsverbot aufheben:** Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss aufgehoben werden, um die Bildungsherausforderungen langfristig bewältigen zu können. Nordrhein-Westfalen sollte sich in diesem Sinne für die Aufhebung des Kooperationsverbotes einsetzen.

Arbeit 4.0

Die Arbeitswelt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Das betrifft Arbeitsformen, Arbeitsinhalte und Berufsbilder. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die den vielfältigen Herausforderungen, bedingt durch den digitalen, kulturellen oder demografischen Wandel, Rechnung tragen. Relevante Handlungsfelder liegen vor allem in den Bereichen allgemeine Bildung und Weiterbildung, Fachkräftesicherung und Arbeitsrecht, einschließlich Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Weichen, die wir heute stellen, werden maßgeblich über die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland entscheiden.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Zeit- und ortsflexibles Arbeiten ermöglichen:** Digitale Geschäftsmodelle, Plattformen und Services schaffen neue (disruptive) Erwerbsformen. Sie sind gekennzeichnet durch sehr flexibles und individuell bestimmbares Arbeiten. Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht beim arbeitsrechtlichen Rahmen jedoch Anpassungsbedarf. Das Arbeitszeitgesetz muss flexibler ausgestaltet werden. Die gesetzlich vorgeschriebene elfstündige Ruhepause ist beispielsweise nicht mehr zeitgemäß und steht dem Wunsch nach souveräner Arbeitszeitgestaltung entgegen. In diesem Sinne sollte sich das Land NRW auf der Bundesebene einsetzen.
- **Qualifizierungsoffensive fördern:** Mit den Arbeitsinhalten verändern sich auch die Anforderungen an Arbeitnehmer. Zukünftig wird auf dem Arbeitsmarkt nur derjenige bestehen, der über digitale Kompetenzen verfügt und mit den rasanten technologischen Entwicklungen Schritt halten kann. Im digitalen Zeitalter spielt Weiterbildung daher eine große Rolle. Das Prinzip des lebenslangen Lernens gilt in einer digitalisierten Welt mehr denn je.
- **Fachkräftemangel begegnen:** Derzeit fehlen der deutschen Wirtschaft rund 51.000 ITK-Spezialisten. Die Digitale Transformation praktisch aller Branchen in Deutschland wird dazu führen, dass die Nachfrage nach IT-Fachkräften weiter steigen wird. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Potenziale im Land besser ausgeschöpft werden.

Digitale Verwaltung für Bürger und Unternehmen

Die staatliche Verwaltung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Digitalen Transformation in Deutschland ein. Bedeutende Digitalisierungsthemen auf Bundes- und Landesebene haben eine Vielzahl von wichtigen Berührungspunkten zur öffentlichen Verwaltung: Industrie 4.0, Digitale Bildung und Zukunft der Arbeit bauen auf einer reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Staat auf. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aus allen Bereichen sind auf einen gut funktionierenden und schnell agierenden digitalen Staat angewiesen. Im Alltag nutzen sie digitale Technologien in einem hohen Maße und schätzen die damit verbundenen nutzerorientierten Interaktionsmöglichkeiten. Diese Erwartungen haben Bürgerinnen und Bürger auch beim Kontakt zur staatlichen Verwaltung. Werden sie nicht erfüllt, kann dieses zu wachsender Staatsverdrossenheit beitragen. Verwaltung muss sich als Wirtschaftsfaktor und Partner einer modernen Gesellschaft neu definieren, um die eigene Handlungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im nationalen und internationalen Kontext zu sichern.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Schriftformerfordernisse abbauen:** Verwaltungsdienste sind nutzerorientiert anhand von Lebenslagen zu digitalisieren. Auf Schriftformerfordernisse und Anordnungen des persönlichen Erscheinens ist noch mehr als bisher zu verzichten.
- **Verwaltungskultur von innen verändern:** Es müssen Maßnahmen getroffen werden, mit denen die Verwaltung wettbewerbsfähig bei der Gewinnung von Nachwuchs wird. Modern ausgestattete Arbeitsplätze, Arbeitszeitmodelle und Führungskulturen sind dabei ebenso kritische Erfolgsfaktoren wie die Schaffung einer grundsätzlich innovationsorientierten Verwaltungskultur.
- **Modernisierungsziele setzen:** Es sind klare Modernisierungsziele mit ambitionierten und verbindlichen Umsetzungsfristen zu formulieren für Open Data by Design, elektronische Rechnungsstellung, vollständige und flächendeckende Einführung der elektronischen Akte, konsequenter Einsatz von De-Mail und weiteren Vertrauensdiensten sowie die Einführung von Feedback-Mechanismen in der Verwaltung.
- **Verwaltungsdaten nutzbar machen:** Prägnante Leistungskennziffern der Verwaltung sind in der Breite verbindlich, dauerhaft, regelmäßig und mit hoher Aktualität als offene Daten zu veröffentlichen, um einen konstruktiven Modernisierungswettbewerb zu befördern.

Digitale Städte und Kommunen

Die Stadt der Zukunft ist digital. Die Digitale Transformation schreitet in allen Lebensbereichen voran, auch die Kommunen und Städte müssen diesen Weg mitgehen, um sich für die Zukunft richtig aufzustellen. Viele unserer Probleme, ob ökonomisch, ökologisch oder sozial, können durch Digitalisierung gelöst oder abgemildert werden: Weniger Emissionen durch vernetzte Mobilität, bessere Lebensqualität für Bürger durch mehr Partizipationsmöglichkeiten, Stärkung der Wirtschaftskraft. Die Digitale Transformation birgt Potenziale für Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung gleichermaßen. Die Digitalisierung muss in der Stadt ganzheitlich gedacht werden. Alle Facetten städtischen Lebens müssen in einer digitalen Stadt zusammen gedacht und zusammengeführt werden: Energie, Verkehr, Verwaltung, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Handel, Sicherheit und Gesellschaft. Hierbei ist es essentiell, Modellstädte von Grund auf digital auszustatten und die Best Practices an andere Städte in NRW weiterzugeben. Hier sollte die Landesregierung eine wichtige Rolle spielen und entsprechende Pilotprojekte auf den Weg zu bringen.

Bitkom vertritt mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon 1.600 Direktmitglieder. Sie erzielen mit 700.000 Beschäftigten jährlich Inlandsumsätze von 140 Milliarden Euro und stehen für Exporte von weiteren 50 Milliarden Euro. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, mehr als 300 Start-ups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Hardware oder Consumer Electronics her, sind im Bereich der digitalen Medien oder der Netzwirtschaft tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 79 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 9 Prozent kommen aus Europa, 8 Prozent aus den USA. 4 Prozent stammen aus Asien, davon die meisten aus Japan. Bitkom fördert die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich insbesondere für eine innovative Wirtschaftspolitik, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine zukunftsorientierte Netzpolitik ein.

In NRW hat Bitkom über 300 Mitglieder, darunter über 25 Start-ups, viele Mittelständler und Global-Player wie Ericsson, Deutsche Telekom, Vodafone, Nokia, Huawei oder die Deutsche Post.

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.**

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
F 030 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

bitkom